



# Nun sagt, wie haltet Ihr es mit der Industrie?

## „Die nächste Legislatur ist entscheidend“

Sabine Nallinger von der Stiftung 2° nimmt im Interview die Politik in die Pflicht. Die Industrie steht in den Startlöchern.

## Verschärfte Version

Die geplante REACH-Revision stellt bewährte und sichere Stoffe erneut auf den Prüfstand.

# Inhalt

4-9 **Titelstory**



**Die Industrie in der Warteschleife:** Viele Fragen zum Thema Klima sind nicht geklärt. Dabei drängt die Zeit, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen.

10



**Die Stiftung 2°:** Einsatz fürs Klima und die Industrie. Sabine Nallinger im Gespräch.

14



Die REACH-Verordnung soll überarbeitet werden – zum Schaden der Verbraucher.

16



Eine globale Mindeststeuer kann nur der Anfang sein. Eine Reform des Unternehmenssteuerrechts ist nötig.

## Zukunft Deutschland

- 04 **Die Industrie braucht Antworten**  
Wie steht die kommende Bundesregierung zu Genehmigungsverfahren, Energie- und Umweltfragen wie Carbon Leakage und Erneuerbaren Energien?

## Aktuell

- 10 **Interview: Sabine Nallinger**  
Vorstand der Stiftung 2° sieht die Initiative als Vermittlerin zwischen Politik und Wirtschaft.

## Verantwortung

- 12 **News**  
Alles bleibt virtuell / Innovativ unterwegs
- 18 **Trends & Perspektiven**  
Endlich fit für den digitalen Schulalltag

## Standpunkt

- Im Fokus Brüssel**
- 14 EU-Chemikalienstrategie
- 17 Zero Pollution
- Im Fokus Berlin**
- 16 G7 einigt sich auf Mindeststeuer

**IMPRESSUM:** Hrsg.: LANXESS AG, Corporate Communications, Kennedyplatz 1, 50569 K In | Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Zemke | Leitende Redaktion: Dr. Silke Jansen | Text und Koordination: Annette Westhoff, Susanne Mittenhuber, Westhoff-CP, Bonn | Gestaltung: Westhoff CP, Bonn | Fotos: Adobe Stock, Stiftung 2° / Sabine Nallinger, Currenta, LANXESS AG

# Editorial

## Sehr geehrte Damen und Herren,

am 26. September 2021 ist es so weit: Deutschland wählt einen neuen Bundestag. Auf die neue Regierung warten große Herausforderungen. Denn auch wenn ein wichtiges Ziel für Deutschland feststeht – Klimaneutralität bis 2045 –, so liegt der Weg dorthin noch im Dunkeln. Er kann nur gemeinsam mit einer starken Industrie beschritten werden, die voll und ganz dieses Ziel unterstützt. LANXESS selbst strebt an, schon 2040 klimaneutral zu sein. Die Industrie steht in den Startlöchern, doch sie benötigt dringend Rahmenbedingungen, unter denen sie wettbewerbsfähig produzieren und wirtschaften kann.

### Entfesselungspaket für die Wirtschaft

Am dringlichsten brauchen wir jetzt ein Entfesselungspaket für die Wirtschaft. Denn nur mit vereinfachten und beschleunigten Genehmigungsverfahren und einer im weltweiten Vergleich gerechten Finanz- und Steuerstruktur kann Deutschlands Industrie auf Dauer erfolgreich bleiben und qualifizierte und gutdotierte Arbeitsplätze sichern.

### Erneuerbare Energie und Carbon Leakage

Natürlich wollen wir als energieintensives Unternehmen möglichst viel Erneuerbare Energie für unsere Prozesse einsetzen. Doch muss sie uns auch zu wettbewerbsfähigen Preisen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wir setzen auf den Produktionsstandort Deutschland. Carbon Leakage schadet dem Land und dem Klima. Deshalb muss die Politik den Schutz vor Carbon Leakage mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sicherstellen. In einem erweiterten Sinn gehört dazu auch eine niedrigere Stromsteuer oder die Reform der EEG-Umlage.

Weitere Themen wie das Vorantreiben der Digitalisierung oder die Reform der Bildung sind ebenfalls Weichensteller für die Zukunft dieses Landes. Im Bereich des Verkehrs ist eine verbesserte Ladeinfrastruktur zur Förderung von Elektromobilität längst überfällig. Gleiches gilt für die Verkehrsinfrastruktur insgesamt, die die Straße, Schiene und Schifffahrt umfasst.

### Die Transformation vorantreiben

Wir fordern nicht nur, wir liefern auch. Schon jetzt nutzen wir energieeffiziente Technologien in unseren Betrieben und treiben die Transformation unseres Konzerns voran. Wir sehen den Klimaschutz als Chance, die wir ergreifen wollen. Bitte schaffen Sie die Rahmenbedingungen dafür.

Denn neben all den furchtbaren Folgen der Corona-Pandemie hat diese hier in Deutschland auch gezeigt: Politik und Industrie können nur gemeinsam Krisen überwinden. In der Pandemie ist uns das weitgehend gelungen. Lassen Sie uns diesen Geist auch in die Nach-Corona-Zeit retten.

Und nun wünsche ich Ihnen einen angenehmen Sommer und bleiben Sie gesund!

### Ihr Matthias Zachert

Vorstandsvorsitzender  
der LANXESS AG

» Wir fordern nicht nur, wir liefern auch. Unser fixiertes Ziel: Klimaneutralität bis 2040. Bitte schaffen Sie nun die Rahmenbedingungen, damit wir unsere Ziele erreichen können.«



# Die Industrie braucht Antworten

Zu viele Themen brennen der Industrie unter den Nägeln. Sie will wissen: Wie hält es die kommende Bundesregierung mit Energie- und Umweltfragen? Egal aus welchen Parteien sich die neue Regierung zusammensetzen wird, sie muss liefern – und zwar schnell.

Aus Sicht der Industrie könnte schon morgen Wahltag sein. Je eher die neue Regierung feststeht, desto besser. Denn wichtige Entscheidungen stehen in der Umwelt- und Klimapolitik an, die enorme Auswirkungen auf den Standort Deutschland haben. Die neue Bundesregierung muss hier rasch handeln, die Interessen der heimischen Industrie vertreten. In drei aktuellen Beispielen zeigt sich, wo es im Land noch hakt. So ist das Ziel der Klimagepolitik zwar klar definiert, doch der Weg dorthin offen.

## Wo bleibt der Grüne Strom in großen Massen?

Stichwort Erneuerbare Energien. Erst im Juni hat Deutschland das Klimaschutzgesetz verschärft – nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Den Erneuerbaren Energien kommt bei der Erreichung der Klimaziele eine Schlüsselrolle zu. Die Chemische Industrie will hier ihren Beitrag leisten: Sie trägt die Klimaziele mit. Doch es fehlt an Voraussetzungen: Grüner Strom steht der Industrie nicht in ausreichender Menge und vor allem nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung. Hier muss die Politik schnell handeln.

## Brennstoffemissionshandels-gesetz – die Fragen bleiben

Die Politik nimmt Carbon Leakage ernst. Das zeigt die Verordnung zum Brennstoffemissionshandels-gesetz.

Nach einigen Modifikationen des ersten Entwurfs sind die Regelungen für die Jahre 2021 und 2022 nun klar. Doch wie geht es danach weiter? Vor allem auch vor dem Hintergrund des überarbeiteten Klimaschutzgesetzes? Es drohen erneute CO<sub>2</sub>-Lasten, die den Standort Deutschland gefährden. Carbon Leakage, die Standortverlagerung der Industrie, ist eine reale Gefahr, die weder im Interesse der Industrie noch der Regierung und vor allem nicht des Klimas liegt.

## Genehmigungsverfahren

Bürokratisch, uneinheitlich – und mit erheblichen Cyberrisiken, so präsentiert sich Deutschland im Jahr 2021. Für die Industrie, die am Standort Deutschland investieren will, ist das ein Problem. Genehmigungsverfahren ziehen sich über Jahre hin, die Digitalisierung steckt in den Kinderschuhen. Das geht auf Kosten von Arbeitsplätzen und des Klimas. Planungssicherheit und vor allem eine schnellere Gangart sind dringend nötig.



## ERNEUERBARE ENERGIEN

# AUFS TEMPO DRÜCKEN

**2045 ist das neue 2050. Fünf Jahre früher als geplant soll Deutschland klimaneutral werden. Das verschärfte Klimagesetz der Bundesregierung schreibt den Erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle zu. Und genau das ist das Problem.**

Seit Anfang des Jahres ist das EEG 2021 in Kraft und gibt damit ein klares Mengenziel bei Erneuerbaren Energien vor. Bis 2030 soll so der Anteil grünen Stroms auf 65 Prozent erhöht werden. Doch nun haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Das Bundesverfassungsgericht entschied im März, dass die aktuellen Ziele des 2019 verabschiedeten Klimagesetzes verfassungswidrig sind, weil klare Vorgaben für die Treibhausgasemissionen nach 2030 fehlen. In Rekordzeit überarbeitete die Bundesregierung das Klimagesetz mit dem Ergebnis, dass die Klimaneutralität in einem Stufenplan statt 2050 nun schon 2045 erreicht werden soll. Bis 2030 soll der Energiebereich zudem gut ein Drittel mehr CO<sub>2</sub> einsparen als bisher geplant und statt 175 nur noch 108 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente verbrauchen. Für die Industrie verschärft sich der erlaubte Wert von bislang 140 Millionen Tonnen auf 118 Millionen Tonnen.

## Weniger Genehmigungen für Windräder

Diese Vorgaben lassen sich jedoch nur erreichen, wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt wird und nicht – wie aktuell – ins Stocken gerät. Der Bau von Windkraftanlagen an Land ist in den letzten Jahren stark eingebrochen. So wurden 2020 deutschlandweit nur rund 770 Windräder genehmigt – ein Rückgang von rund 40 Prozent gegenüber 2015. Wie kritisch und völlig

unkalkulierbar die Situation ist, zeigen auch die vorläufigen Berechnungen des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) für das erste Halbjahr 2021. Nur 43 Prozent des Bruttostromverbrauchs in Deutschland wurden mit Ökostrom gedeckt. Im Vorjahreszeitraum waren es rund 50 Prozent. Diese Diskrepanz zeigt: Anspruch und Wirklichkeit liegen noch weit auseinander.

## Der Bedarf an Grünem Strom steigt

Soll die Transformation gelingen, muss es daher eine Trendwende geben, fordert die Initiative IN4Climate. NRW in ihrem Positionspapier „Erneuerbare Energien“. Offshore-Windenergie und Photovoltaik müssen zügig ausgebaut werden. Denn die Industrie benötigt sehr viel Grünen Strom. Schon heute verbraucht die Industrie etwa die Hälfte des deutschen Stroms von rund 500 Terawatt-Stunden. Durch die Elektrifizierung energieintensiver Prozesse wird eine zusätzliche Menge an Strom aus Erneuerbaren Energien erforderlich sein. Um eine Treibhausgasneutralität bis 2050 in der chemisch-pharmazeutischen Produktion technologisch zu erreichen, sind laut VCI-Berechnungen mehr als 600 Terawatt-Stunden erneuerbarer Strom nötig. Mit 2045 als neuem Ziel müsste die Schlagzahl beim Ausbau noch mal erhöht werden. ▶

## BRENNSTOFFEMISSIONSHANDELSGESETZ

## NOCHMAL AUF DEN PRÜFSTAND!

## » Ökostromlücke durch Ausbau schließen

Claudia Kempfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mahnt, dass die Ausbauziele vervierfacht beziehungsweise versechsfacht werden müssen. Mindestens 20 Gigawatt Solar- und knapp 10 Gigawatt Windenergie müssten pro Jahr hinzukommen, um eine Ökostromlücke zu vermeiden und die Klimaziele zu erreichen. „Die Bundesregierung steht aber beim Ausbau komplett auf der Bremse und ignoriert den steigenden Stromverbrauch. So laufen wir sehenden Auges in eine Ökostromlücke und sitzen irgendwann im Dunkeln, wenn wir nicht die Pariser Verträge brechen wollen“, warnt sie.

## Unterstützung bei der Transformation

Auch LANXESS fordert den Ausbau, drückt beim Klimaschutz aufs Tempo. Der Konzern selbst hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu produzieren. LANXESS unterstützt daher die ambitionierten Klimaziele, erwartet aber auch Unterstützung bei der Umsetzung. Ein Beispiel ist die Entlastung energieintensiver Unternehmen: Sie hat sich bewährt und gibt Planungs- und Standortssicherheit. So braucht die Chemische Industrie Grünen Strom – doch kann sie nicht die Kosten für seine Produktion allein schultern. Hier muss die Regierung handeln.



» Wir benötigen erneuerbare Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen in ausreichendem Umfang. Unser Ziel ist es, innovative Klimatechnologien zügig in die Praxis umzusetzen. Dafür brauchen wir vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren und die richtige Finanz- und Steuerstruktur. «

**Matthias Zachert,**  
Vorstandsvorsitzender LANXESS

**Die Klimaziele stehen fest, die deutsche Industrie soll handeln. Die energieintensiven Unternehmen sehen sich international erheblichen Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt – das Brennstoffemissionshandelsgesetz bekam nun eine Carbon-Leakage-Verordnung. Doch sie bedarf noch der Modifizierung.**

Das Ziel ist klar: Die Industrie soll mehr Geld in innovative Technologien investieren, damit sie schneller CO<sub>2</sub>-neutral produziert. Das Gesetz dafür gibt es auch: das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). Es belohnt finanziell diejenigen, die das tun, und bestraft jene, die weiterhin viel CO<sub>2</sub> in die Luft absondern. Das Ganze wird über ein einheitliches Bepreisungssystem abgerechnet. Natürlich werden nur die CO<sub>2</sub>-Ausstöße bepreist, die nicht unter den EU-Emissionshandel fallen. Klingt gut? Nur auf den ersten Blick.

Preisgestaltung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate

Das Gesetz hat die Preise für die ersten fünf Jahre festgelegt. Ein CO<sub>2</sub>-Zertifikat für eine Tonne kostet 2021 noch 25 Euro und 2022 schon 30 Euro. In diesen Jahren werden nur die klassischen Brennstoffe bepreist. LANXESS müsste nach den Kriterien des BEHG für seine Niederrheinstandorte für jähr-

lich 50.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Zertifikate erwerben. Ab 2023 werden zusätzlich auch fossile Reststoffe bepreist. Dann fielen für die erwähnten Standorte je nach Ausgestaltung der Regelung schon die zwei- bis fünffache CO<sub>2</sub>-Menge an, für die der erhöhte Preis von 35 Euro pro Tonne gezahlt werden müsste. Der Preis steigt bis 2025 auf 55 Euro. Der Zertifikatspreis erfährt innerhalb von nur fünf Jahren mehr als eine Verdopplung. Dennoch fordern einige politische Akteure einen viel höheren, dreistelligen Preis. Denn im Gebäudesektor und im Verkehr gelten die CO<sub>2</sub>-Preise auch. Für sie, so die Argumentation, müsse es teurer werden, damit sie ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Bei solch einem Ansatz würden energieintensive Unternehmen, die seit Jahren in Klimaschutzmaßnahmen investieren, zu Unrecht mit diesen Sektoren gleichgestellt und somit bestraft.

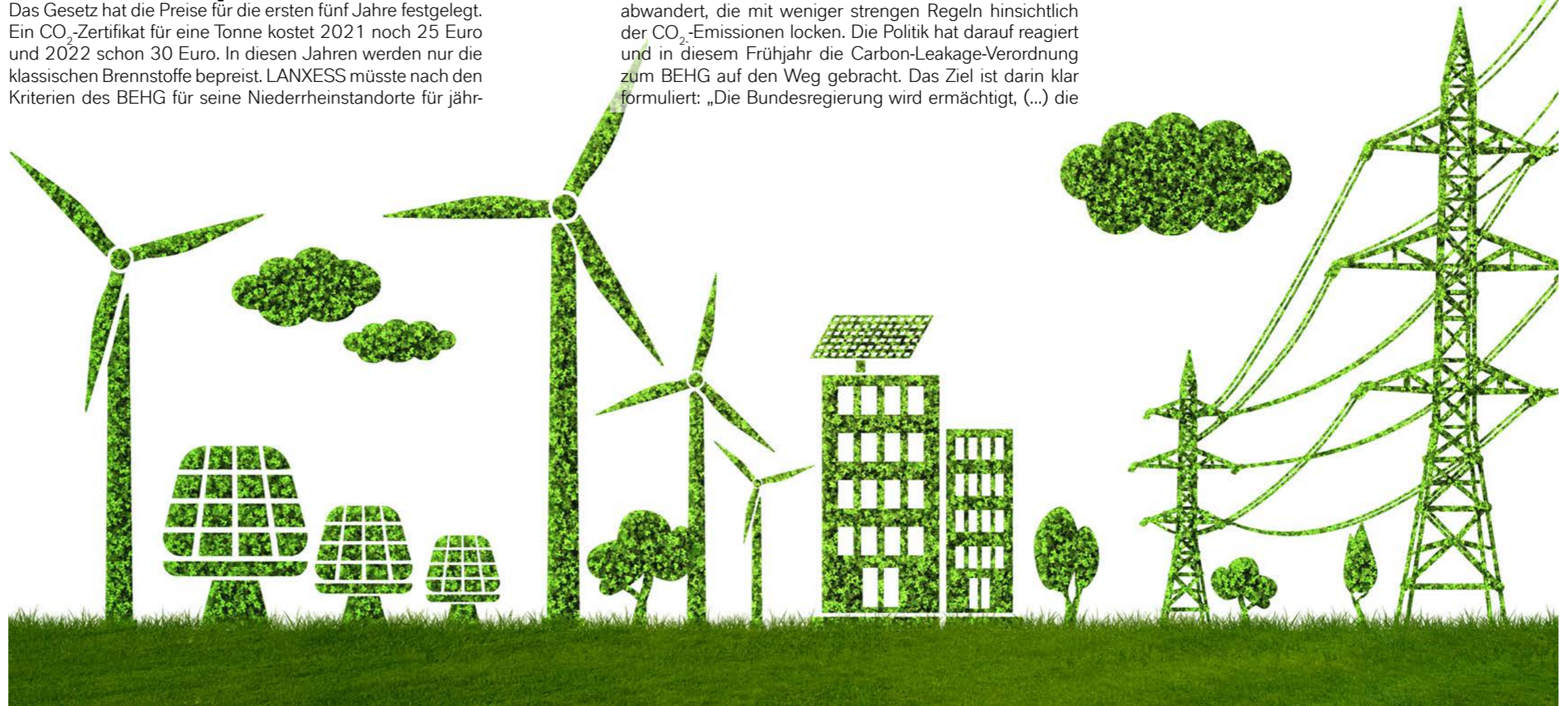
## Verordnung zum Schutz von Carbon-Leakage

Für die energieintensive Chemische Industrie, die international handelt, kommt es bei solchen Preisen zu Wettbewerbsverzerrungen. Die Gefahr ist groß, dass sie in Länder abwandert, die mit weniger strengen Regeln hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen locken. Die Politik hat darauf reagiert und in diesem Frühjahr die Carbon-Leakage-Verordnung zum BEHG auf den Weg gebracht. Das Ziel ist darin klar formuliert: „Die Bundesregierung wird ermächtigt, (...) die

erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage und zum Erhalt der grenzüberschreitenden Wettbewerbsfähigkeit betroffener Unternehmen zu regeln. Die Maßnahmen sollen vorrangig durch finanzielle Unterstützung für klimafreundliche Investitionen erfolgen.“

## Schutz vor Carbon Leakage

Die aktuelle Carbon-Leakage-Verordnung hat vom ersten Aufschlag im Frühjahr bis heute, Stand Anfang Juli, einige Veränderungen durchlaufen. So gilt heute, dass die Chemische Industrie 2021 und 2022 auch ohne Überschreiten des sogenannten unternehmensbezogenen Schwellenwerts die Beihilfegenehmigung bekommt. Diese Regelung begrüßt die Chemische Industrie. Hingegen sieht sie die Regelung ab 2023 kritisch. Denn dann bekommen Unternehmen, die den Schwellenwert nicht erreichen, nur eine Kompensation von 60 Prozent; solche, die eine individuelle Prüfung bestehen, werden weiter hochgestuft. Die bürokratische Hürde „unternehmensbezogener Schwellenwert“ kostet die Industrie Zeit und Geld und ist aus ihrer Sicht »



## GENEHMIGUNGSVERFAHREN

## DIGITAL – ABER AUCH SICHER?

› unnötig. Ein weiterer kritischer Punkt aus der Warte der Chemischen Industrie: Der Carbon-Leakage-Schutz wird an Klimaschutzinvestitionen gekoppelt. So müssen 50 Prozent der bewilligten Carbon-Leakage-Zahlungen in den Jahren 2023 und 2024 sowie 80 Prozent ab 2025 in Energieeffizienzmaßnahmen bzw. den Klimaschutz fließen.

**Wo bleibt die unternehmerische Freiheit?**

Die Chemische Industrie steht hinter den Klimazielen. Für LANXESS etwa sind die laut Verordnung nötigen Nachweise für Klimaschutzinvestitionen kein Problem. Doch der Nachweis selbst ist mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Aus Sicht der Industrie ist die Carbon-Leakage-Verordnung dazu da, Wettbewerbsnachteile für Unternehmen in Deutschland zu kompensieren. Daraus kann nur folgen: Wie die Zahlungen verwendet werden, sollte den Unternehmen selbst überlassen bleiben. Konzerne wie LANXESS sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst, das zeigt sich schon an ihren selbstgesteckten, ehrgeizigen Klimazielen.



» Wir treiben die Transformation unseres Unternehmens voran. Carbon Leakage liegt nicht in unserem Interesse. Die Verlagerung energieintensiver Unternehmen in ein Nicht-EU-Land schadet nicht nur dem Standort Deutschland, sondern auch dem Klima. «

**Dr. Hubert Fink,**  
Vorstandsmitglied LANXESS

**Schnelle und einfache Lösungen waren während der Pandemie gefragt. Das Planungssicherstellungsgesetz erfüllte genau diesen Zweck. Jetzt ist der nächste Schritt nötig: ein echtes Planungsmodernisierungsgesetz. Denn Deutschland braucht dringend ein Update.**

Genehmigungsverfahren sind in Deutschland vor allem eines: langwierig und kompliziert. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich dabei um den Neubau einer Brücke, eine Impfstoff- oder Batteriezellenproduktion oder die Anlage eines Windparks handelt. Zwar hat sich gerade in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren viel getan, und die Dauer der Verfahren verkürzte sich von durchschnittlich drei Jahren auf eineinhalb Jahre, doch für die Industrie fehlt nach wie vor die Planungssicherheit. Denn noch immer entscheiden die jeweils zuständigen Bezirksregierungen unterschiedlich. Hinzu kommen oft langandauernde Bürgerbeteiligungen, die für die Akzeptanz des Projekts entscheidend sind.

**Risiken bei der Einsichtnahme**

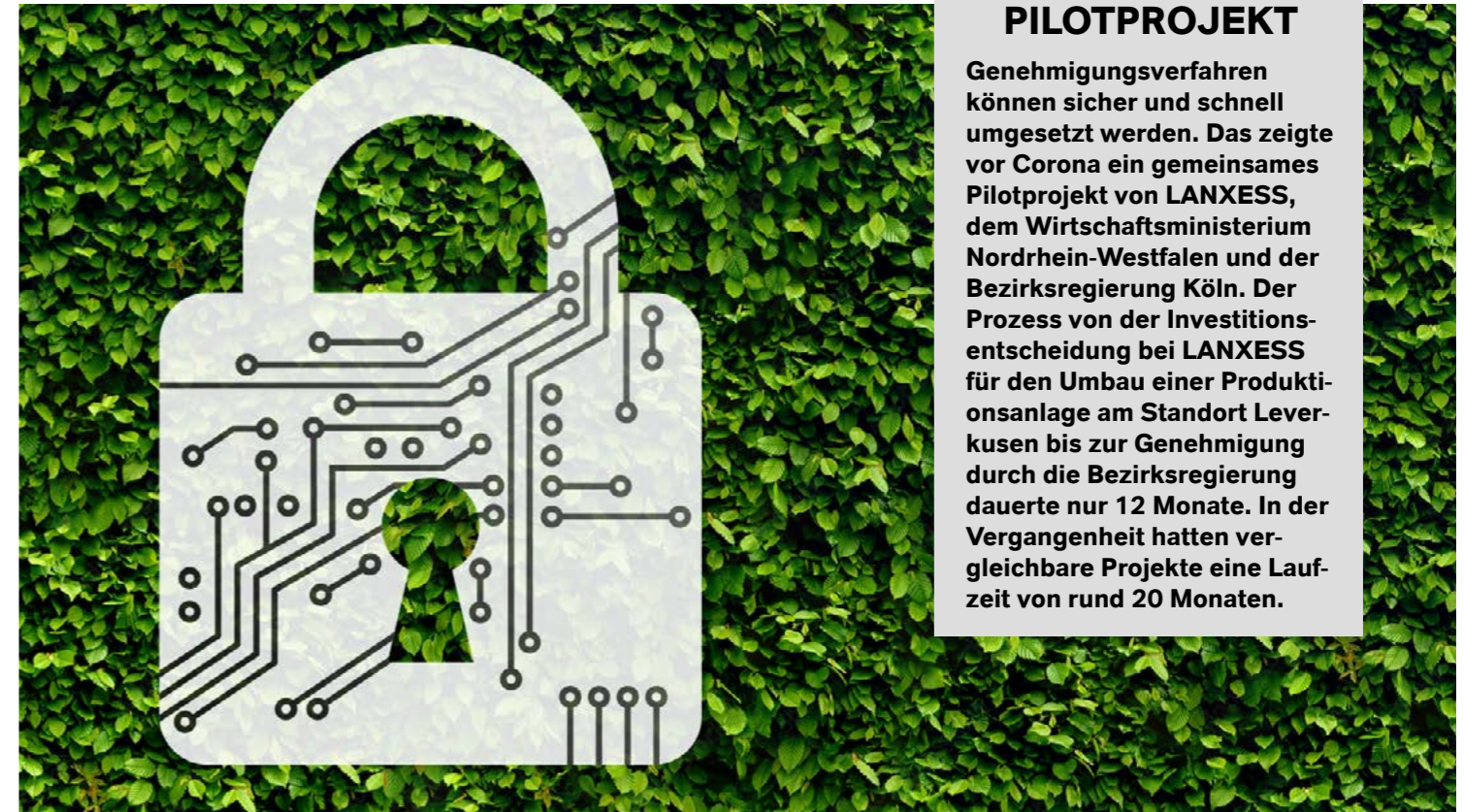
Ausgerechnet die Pandemie sorgte für eine vereinfachte Öffentlichkeitsbeteiligung. Das am 20. Mai 2021 beschlossene Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) war die Reaktion auf den Lockdown beziehungsweise die Kontaktbeschränkungen. Alle Daten und Informationen zu einer geplanten Anlage können seitdem auf der entsprechenden Seite der jeweiligen Behörde öffentlich gemacht werden. Interessierte Anwohner müssen sich nicht mehr einen Termin geben lassen, um die Unterlagen vor Ort einzusehen – ein Klick auf die Website genügt.

**Erhebliches Sicherheitsrisiko**

Auf den ersten Blick ist dies eine moderne und digitale Lösung, die jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden ist. Denn nicht nur besorgte Nachbarn, sondern auch Unternehmen, Mitbewerber und zweifelhafte Interessenten aus anderen Ländern erhalten die Pläne – Made in Germany – sozusagen auf dem Präsentierteller. Wirtschaftsspionage wird zum Kinderspiel.

**Neues Gesetz für mehr Sicherheit**

Das PlanSiG ist bis Ende 2021 befristet. Doch jetzt gibt es die Überlegung, das Gesetz zu entfristen. LANXESS wie auch der VCI sprechen sich gegen eine automatische Entfristung aus. Denn in seiner jetzigen Form bietet das Gesetz auf Dauer zu viele Risiken. Grundsätzliche Fragen zur Cybersicherheit und zum Know-how-Schutz sind nicht geklärt. Die Task Force des VCI, zu der auch LANXESS gehört, schlägt stattdessen ein eigenes Planungsmodernisie-



**12 statt 20**

**ERFOLGREICHES PILOTPROJEKT**

Genehmigungsverfahren können sicher und schnell umgesetzt werden. Das zeigte vor Corona ein gemeinsames Pilotprojekt von LANXESS, dem Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierung Köln. Der Prozess von der Investitionsentscheidung bei LANXESS für den Umbau einer Produktionsanlage am Standort Leverkusen bis zur Genehmigung durch die Bezirksregierung dauerte nur 12 Monate. In der Vergangenheit hatten vergleichbare Projekte eine Laufzeit von rund 20 Monaten.



» Die bloße Masse an Unterlagen und Gutachten darf kein Qualitätskriterium für ein gutes Verfahren sein. (...) Derzeitige Rechtsbegriffe wie „zumutbar“, „angemessen“ oder „vertretbar“ müssen durch klare Formulierungen ersetzt werden. «

**Dr. Anno Borkowsky,**  
Vorstandsmitglied LANXESS

rungsgesetz vor. Sein Ziel: Antragsteller erhalten schneller eine „Licence to operate“, mehr Planungssicherheit und Akzeptanz für industrielle Projekte. Das Gesetz sollte von einem Expertengremium aufgesetzt werden. Konkret könnten das folgendermaßen aussehen.

**Die wesentlichen Punkte**

› Der rechtlich-organisatorische Rahmen wird von Experten und Praktikern festgelegt. Sie kommen aus den Bereichen Verwaltung (Zulassung, Genehmigung und Überwachung), Verwaltungsgerichtsbarkeit, Digitales und Kommunikation, Datenschutz und Sicherheit sowie Wirtschaft und Wissenschaft.

› Barrierefreie und zeitgemäße Formate für einen frühzeitigen Dialog zwischen Projektträger und betroffener Öffentlichkeit müssen neben der erforderlichen Transparenz auch die notwendige Sicherheit bieten. Das heißt, dass der Wettbewerbsschutz gleichwertig mit dem Datenschutz und der Cybersicherheit gewährleistet werden muss. Gerade bei diesem Punkt besteht aus Sicht des VCI noch großer Handlungsbedarf.

› Vereinfachte Verfahren: Sie müssen so gestaltet werden, dass sie nicht nur von wenigen Fachleuten rechtssicher durchgeführt bzw. verstanden werden können.

# » Die nächste Legislatur ist entscheidend «

LANXESS ist neues Fördermitglied der „Stiftung 2°“. Die 2007 gegründete Initiative ist eine branchenübergreifende Plattform. Sie sucht mit konkreten Lösungen und Handlungsempfehlungen den Dialog mit der Politik. Im politiX-Interview nimmt Sabine Nallinger die kommende Bundesregierung in die Pflicht.



» Wenn es der Politik nicht gelingt, das Ruder herumzureißen, wird die Wirtschaft Klimaneutralität bis 2045 nicht erreichen können.«

**Sabine Nallinger,**  
Vorstand Stiftung 2°

## Frau Nallinger, was ist der grundsätzliche Anspruch der Stiftung 2°?

Die Gründungsidee war, Unternehmen, Vorständen und CEOs eine Stimme zu verleihen, die sich beim Thema Klimaschutz in der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft sehen. Ohne die Innovationskraft und Lösungskompetenz der Unternehmen wird die gewaltige Transformation zur Klimaneutralität nicht gelingen. Deshalb ist es für uns wichtig, dass unsere Mitgliedsunternehmen vorausgehen und Vorreiter in ihrer Branche sind.

## Welche Themen stehen im Vordergrund?

Anhand einzelner Branchen zeigen wir, wo die Wirtschaft steht, was ihre nächsten Schritte sind und was sie dafür von der Politik benötigt. Das reicht von der Planungssicherheit bis hin zur Frage, wie hoch der CO<sub>2</sub>-Preis sein darf, damit Technologien wettbewerbsfähig bleiben. Wir verstehen uns als wirtschaftsnah, fühlen uns aber verbunden mit den Umwelt-NGOs, mit der Dig-Tech- und Wissenschaftswelt, mit den Gewerkschaften, aber auch mit klimapolitischen Akteuren wie Fridays for Future. Wir sind die ambitionierte, die progressive Stimme der Wirtschaft. Und wir moderieren zwischen den Welten.

## Wer ist Mitglied bei der Stiftung 2°?

Für den Weg in die Klimaneutralität muss sich die gesamte Wirtschaft verändern. Wir wollen in der Stiftung alle Branchen der Wirtschaft vertreten und die Aspekte entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten abbilden. Denn eines ist klar: Die Politik wird für die Stahlindustrie keine vollständig anderen Instrumente einführen als für die Chemische Industrie. Es geht darum, einen allgemeingültigen Rahmen zu schaffen.

## Wie sieht die Arbeit konkret aus?

Eine Stärke der Stiftung ist, dass wir über Branchen hinweg Lösungen erarbeiten, in denen sich alle Unternehmen wiederfinden, die in der Stiftung 2° vertreten sind. Auch Interessens- und Zielkonflikte werden bei uns ausdiskutiert. Dann führen wir Gespräche mit der Politik – auf fachlicher Ebene und mit allen politischen Gruppierungen im Bundestag. Jetzt vor der Wahl sprechen wir mit allen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten darüber, was aus unserer Sicht für die nächste Legislaturperiode relevant ist.

## Inwiefern hat sich der Umgang mit dem Thema Klimaschutz verändert?

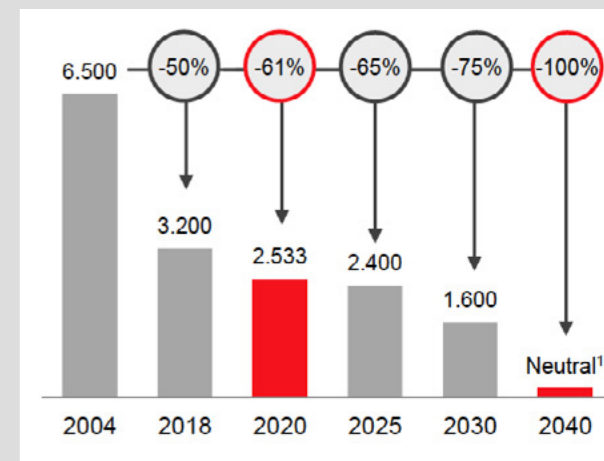
Nachhaltigkeit war früher ein Randthema, heute ist es in den Vorstandsetagen angesiedelt. Die Boni von Vorständen orientieren sich zunehmend an der Einhaltung von Klimazielen. Die Welt hat sich verändert, und Klimaschutz hat eine viel höhere Priorität erhalten. Das macht es uns heute grundsätzlich leichter, mit diesem Thema durchzudringen.

## Sie spielen auf das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 an ...

Ja, das war entscheidend. Auch wenn es eine Weile dauerte, bis es überall ankam: Mit dem Beschluss der Weltgemeinschaft war die Debatte um Klimaziele beendet und die Phase der Umsetzung eingeläutet. Unternehmen müssen sich auf den 1,5-Grad-Pfad begeben, sonst kann

## Ziel: Klimaneutralität bis 2040

In klaren Schritten baut LANXESS die Emissionen von Kohlendioxidäquivalenten ab.



„Nicht nur als Vorstandsvorsitzender, sondern auch als Vater von vier Kindern will ich das Thema Nachhaltigkeit bei LANXESS fest verankern und vorantreiben“, sagt Matthias Zachert.

\* Kohlendioxidäquivalente in 1.000 Tonnen  
1) Weniger als 300.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente: Diese werden durch Kompensationsmaßnahmen abgebaut.

es ihre Geschäftsmodelle in der Welt von morgen nicht mehr geben. Dazu kamen noch weitere Entwicklungen. Fridays for Future hat eine große Rolle gespielt: Junge Menschen, die an den Tischen von Unternehmenslenkerinnen und -lenkern sitzen und sie mit diesen Themen konfrontieren. Diskussionen zum Klimaschutz werden zuhause weitergeführt. Auch Herr Zachert als Vater von vier Kindern hatte dies übrigens als seine persönliche Motivation genannt.

## Worauf kommt es jetzt an?

Klimaschutz ist kein Selbstläufer. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel über Klimaziele diskutiert. Das war wichtig, aber jetzt müssen wir das operationalisieren. Für die Unternehmen heißt das: Wie sieht mein Weg zur Klimaneutralität aus – er sollte wirtschaftlich, smart, aber auch ambitioniert sein. Und zwar für alle Produktionsstandorte. Denn die Wirtschaftsräume bewegen sich, es geht nicht mehr nur um Europa.

## Was erwarten Sie von der Politik?

Hier gilt: Die nächste Legislatur ist entscheidend. Wenn es der Politik nicht gelingt, das Ruder herumzureißen, wird die Wirtschaft die Klimaneutralität bis 2045 nicht erreichen können. Angesichts der langen Investitions- und Abschreibungszyklen müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Aber, und das ist die entscheidende Botschaft an die Politik: Die Industrie steht bereit.

# Vieles bleibt virtuell



## Auf Kurs

Corona forderte seinen Tribut: Zum zweiten Mal fand die LANXESS-Hauptversammlung virtuell statt. Die rund 200 Aktionäre, die online den Ausführungen des Vorstands folgten, haben sich offensichtlich an das Format gewöhnt. Mit rund 80 beantworteten Fragen lag der Umfang auf dem Niveau der Vorjahre. Die Kernfragen lauteten: Wo steht der Konzern wirtschaftlich? Wie wirkt sich Corona auf die Geschäfte aus? Wohin will der Vorstand den Konzern weiter steuern? Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert sagte dazu: „LANXESS ist auf Kurs und sehr gut durch die Corona-Krise gekommen!“

## China: Eine Nation der Möglichkeiten

LANXESS will von den Wachstumspotenzialen im größten Chemiemarkt der Welt profitieren. Ein Grund, im Reich der Mitte zu investieren. Der Konzern eröffnete im Juni sein Anwendungsentwicklungs-Zentrum in Shanghai und ist damit das erste deutsche Unternehmen, das sich in dem dort neugegründeten Innovation Center ansiedelt. LANXESS bündelt dort künftig die Forschungsaktivitäten von drei Business Units. „Unsere Aktivitäten hier sind ein zentraler Bestandteil unserer globalen Strategie“, sagte Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert auf der Eröffnungsfeier. Für ihn ist China eine Nation der Möglichkeiten.



## 170 Azubis eingestellt

Performen vor dem Computer: Am 26. Juni hat LANXESS zum virtuellen Azubi-Casting eingeladen. Interessierte konnten sich zuvor per Mail für einen Ausbildungsplatz zur Chemikantin oder zum Chemikanten an den Standorten Krefeld oder Leverkusen bewerben. Am Bewerbungstag mussten sie dann zunächst einen webbasierten Einstellungstest machen. Hat der gut geklappt, erreichten sie den „Recall“ – ein Video-Gespräch mit dem LANXESS-Recruiting-Team. Das entschied dann, ob es ins Finale ging. Mit diesem Schritt gab es dann auch einen Ausbildungsvertrag.

Trotz Corona bietet der Konzern dieses Jahr 170 Ausbildungsplätze an. „Die Ausbildung ist und bleibt für uns essentiell, um unsere Fachkräfte von morgen zu gewinnen“, sagt Ausbildungskordinatorin Ursula Weißhaupt.

# Innovativ unterwegs



der variablen Vorstandsvergütung hängt künftig vom Erreichen der Nachhaltigkeitsziele ab. Bis 2025 will LANXESS seine Emissionen um weitere 25 Prozent reduzieren und bis 2040 klimaneutral sein. „Ich glaube fest daran, dass uns das mit unseren klar festgelegten Zwischenzielen und den dazugehörigen Investitionen an den Standorten gelingen wird“, sagt Vorstandsmitglied Hubert Fink.

## Unter Strom

LANXESS baut seine Infrastruktur aus, denn moderne Mobilität braucht Ladesäulen. Seit dem Frühjahr gibt's in der Konzernzentrale in Köln vier neue Ladesäulen mit acht Anschlüssen für E-Autos. „Ich finde es super, dass ich jetzt auch während der Arbeitszeit meinen Wagen aufladen kann“, sagt Sabrina Lally (Foto).



LANXESS will von den Wachstumspotenzialen im größten Chemiemarkt der Welt profitieren. Ein Grund, im Reich der Mitte zu investieren. Der Konzern eröffnete im Juni sein Anwendungsentwicklungs-Zentrum in Shanghai und ist damit das erste deutsche Unternehmen, das sich in dem dort neugegründeten Innovation Center ansiedelt. LANXESS bündelt dort künftig die Forschungsaktivitäten von drei Business Units. „Unsere Aktivitäten hier sind ein zentraler Bestandteil unserer globalen Strategie“, sagte Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert auf der Eröffnungsfeier. Für ihn ist China eine Nation der Möglichkeiten.

## 170 Azubis eingestellt

Performen vor dem Computer: Am 26. Juni hat LANXESS zum virtuellen Azubi-Casting eingeladen. Interessierte konnten sich zuvor per Mail für einen Ausbildungsplatz zur Chemikantin oder zum Chemikanten an den Standorten Krefeld oder Leverkusen bewerben. Am Bewerbungstag mussten sie dann zunächst einen webbasierten Einstellungstest machen. Hat der gut geklappt, erreichten sie den „Recall“ – ein Video-Gespräch mit dem LANXESS-Recruiting-Team. Das entschied dann, ob es ins Finale ging. Mit diesem Schritt gab es dann auch einen Ausbildungsvertrag.

Trotz Corona bietet der Konzern dieses Jahr 170 Ausbildungsplätze an. „Die Ausbildung ist und bleibt für uns essentiell, um unsere Fachkräfte von morgen zu gewinnen“, sagt Ausbildungskordinatorin Ursula Weißhaupt.

CHEMPARK



## Impfen! Jetzt!

Sind alle durchgeimpft, geht es zurück in die Zukunft. Das ist heute der Stand der Wissenschaft. Deshalb fordert LANXESS-Vorstandsmitglied Anno Borkowsky die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eindringlich auf: „Nutzen Sie die Impfangebote der Currenta! Je mehr von uns geimpft sind, desto besser sind wir alle geschützt.“ Denn in den Chemparks der Niederrheinstandorte wird seit Mitte Juni geimpft. Erstimpfungen gibt es noch bis zum 16. Juli. Dann werden vom 19. Juli bis 27. August nur noch Zweitimpfungen vergeben.

Bis Ende Juni hatten sich dort 1650 LANXESS-Mitarbeiter impfen lassen. Am 5. Juli konnten sich sogar kurzfristig deren Angehörige über 16 Jahre für eine Erstimpfung mit dem Vakzin von Biontech anmelden. LANXESS impft auch an seinen anderen Standorten. Anno Borkowsky appellierte an die Belegschaft: „Niemand von uns sollte seinen Urlaub höher priorisieren als die Corona-Schutzimpfung. Daher sollte das Motto lauten: Erst impfen, dann Ferien genießen!“

# Zu viel des Guten?

Die REACH-Verordnung ist das strengste und umfassendste Chemikaliengesetz der Welt. Zum Schutz von Gesundheit und Umwelt sieht die EU-Kommission nun vor, es nochmals zu verschärfen. Die ersten Pläne zur Umsetzung des Vorhabens werfen noch viele Fragen auf.

Die REACH-Verordnung revolutionierte die Chemiewelt. Seit sie 2007 in Kraft trat, wurden mehr als 23.000 chemische Substanzen bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA registriert. LANXESS ließ mehr als 900 Stoffe erfassen. Die Dossiers sind dynamisch – registrierte Substanzen werden kontinuierlich geprüft und angepasst. Kein Unternehmen kann sich sicher sein, dass der einmal aufgenommene Stoff Bestand hat. Ein Verfahren, das ganz im Sinne des Umwelt- und Gesundheitsschutzes entstanden ist.

## Noch mehr Daten und noch mehr Studien

Doch das reicht der EU-Kommission nun nicht mehr. Im Oktober 2020 veröffentlichte sie ihre neue Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit. Darin kündigte sie an, die REACH-Verordnung zu revidieren. Der Verbraucherschutz soll nochmals gestärkt werden. Im Klartext heißt das: Unternehmen müssen noch mehr Daten vorlegen – von dem Umweltfußabdruck jedes Stoffes bis hin zu Informationen für bestimmte Stoffgruppen, z. B. endokrine Disruptoren oder Polymere. Alle Dossiers müssen überarbeitet, neue Studien aufgelegt werden. Der Aufwand ist enorm.

## Folgenreich: der gefahrenbasierte Ansatz

Im Kern geht es um einen Paradigmenwechsel. Galt bislang, dass jedem Chemikalienverbot eine Risikobewertung voranging, soll künftig statt dieses risikobasierten ein gefahrenbasierter Ansatz gelten. Was sich nach Wortklauberei anhört, hat weitreichende Folgen. Denn für die EU sollen künftig Chemikalien „mit gefährlichen Eigenschaften“ automatisch in allen Verbraucherprodukten und Produkten für gewerbliche Anwender verboten werden können.



## Parfums künftig nur noch mit Warnhinweis?

Wie fragwürdig dieser Ansatz ist, zeigt sich am Beispiel von Ethanol. Die gesundheitlichen Folgen von exzessivem Alkoholkonsum sind unbestritten. Ethanol ist aber auch ein Trägerstoff in Parfums. Aufgrund der toxikologischen Daten droht deshalb eine Einstufung von Ethanol als fortpflanzungsgefährdend. Auf dem Flakon müsste demnach künftig ein Warnhinweis stehen – ähnlich wie jetzt auf Rohrreinigern. Mehr Abschreckung geht kaum.

## Augenmaß bewahren

Viele Verbraucherprodukte enthalten gefährliche Substanzen. Sie sind jedoch so in das Produkt eingebunden, dass keine Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeht. Smartphones etwa. Der Akku enthält Kobalt – ein Metall, das als krebserregend gilt. Dennoch stehen weder Akkus noch Smartphones auf der Verbotsliste, weil zurecht davon auszugehen ist, dass bei sachgemäßem Gebrauch keine Gefahr droht. Für LANXESS ist daher Augenmaß bei der Diskussion um gefährliche Chemikalien gefragt. Denn gerade die für bestimmte Verwendungen und Verfahren benötigte Funktionalität bzw. Reaktivität von chemischen Stoffen ist oft untrennbar mit deren gefährlichen Eigenschaften verbunden.



» LANXESS unterstützt ausdrücklich die Ziele der REACH-Verordnung: Zusätzliche Datenanforderungen und pauschale Verbote ohne Risikobewertung hingegen werden zu einer übermäßigen und unverhältnismäßigen Belastung der in der EU ansässigen Industrie führen.«

**Dr. Anno Borkowsky,**  
Vorstandsmitglied LANXESS





# Globale Mindeststeuer statt Digitalsteuer

Die globale Mindeststeuer für Unternehmen rückt näher. Auf dem G7-Gipfel in London einigten sich die Finanzminister auf eine internationale Besteuerung von mindestens 15 Prozent. Für den BDI und VCI ist dieser Schritt längst überfällig.

International agierende Digitalunternehmen, die ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer verlagern, sind Politik und Industrie ein Dorn im Auge. Für den BDI ist eine europäische Digitalabgabe dennoch keine Lösung. BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang forderte anlässlich des Treffens der G7-Finanzminister ein einheitliches weltweites Steuersystem für Unternehmensgewinne, das den Herausforderungen der Digitalisierung Rechnung trägt. „Der angekündigte Richtlinienvorschlag der EU-Kommission für eine europäische Digitalabgabe steht diesem Ziel entgegen. Eine zusätzliche, rein europäische Abgabe wäre kontraproduktiv“, so Lange. Konkret befürchtet der BDI: eine weitere Fragmentierung des internationalen Steuersystems und die Gefahr von Handelskonflikten.

Der BDI und der VCI unterstützen daher einen internationalen Mindeststeuersatz von 15 Prozent, den auch die USA ins Spiel gebracht haben. Um international wettbewerbsfähig zu sein, dürfte die Steuerbelastung von Unternehmen in Deutschland bei maximal 25 Prozent liegen.

## Steuerdumping vermeiden

Die jetzt geplante Steuerreform geht über die geforderte Digitalsteuer hinaus. Nun enthält das Paket vielmehr sektorübergreifende Maßnahmen. Zum einen soll die geplante Mindeststeuer das Steuerdumping vermeiden und richtet sich vor allem gegen Steueroasen. Geplant ist ein Mindeststeuersatz von 15 Prozent für Unternehmen mit

einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro. Dann soll es noch eine Art Digitalsteuer geben, die digitale Geschäfte weltweit betrifft. Neu ist, dass Unternehmen nicht mehr den Großteil ihrer Steuerabgaben im Land des Firmensitzes zahlen sollen, sondern auch in den Marktstaaten. Den Marktländern sollen Besteuerungsrechte von mindestens 20 Prozent auf die Unternehmensgewinne gewährt werden, wenn die Profitabilitätsschwelle von zehn Prozent überschritten wurde. Dies betrifft Tech-Konzerne sowie Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 20 Milliarden Euro.

## Steuermodell der Zukunft

**Eine grundsätzliche Reform des deutschen Unternehmenssteuerrechts ist nach Ansicht des BDI nötig. Dafür hat die BDI-Initiative „Steuermodell der Zukunft“ drei zentrale Anforderungen identifiziert:**

- › Eine strukturelle Modernisierung der Unternehmenssteuern.
- › Eine internationale wettbewerbsfähige Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland in Höhe von maximal 25 Prozent.
- › Eine einheitliche Unternehmenssteuer, bei der die Gewerbesteuer in die Ertragssteuern integriert und eine stabile konjunkturunabhängige Finanzierung der Kommunen gesichert ist.

# Realitäts-Check

Ein neuer EU-Aktionsplan ruft das Null-Schadstoff-Ziel für Luft, Wasser und Boden aus. Europa soll gesünder, sozialer und gerechter werden. Doch ist das so möglich?

Der nächste Schritt im European Green Deal: Der neue Zero-Pollution-Aktionsplan konkretisiert seine Ziele, zunächst bis 2030. Künftig steht in allen Politikfeldern der EU die Vermeidung von Umweltverschmutzung an erster Stelle – der Plan sei eine „umfassende Strategie zum Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger vor Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung“, so die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die EU will mit dem Aktionsplan bestehende Rechtsvorschriften besser durchsetzen. Ob und wie bisherige Maßnahmen wirkten, wird untersucht und überprüft. Die Chemische Industrie beurteilt den am 12. Mai veröffentlichten EU-Aktionsplan kritisch. Die wichtigsten Punkte auf einen Blick:

## › Das Null-Schadstoff-Ziel

Grundsätzlich muss zwischen einer schadstofffreien und einer schadstoffarmen Umwelt differenziert werden. In der europäischen Industrie- und Mobilitätsgesellschaft ist es unwahrscheinlich, dass mit verhältnismäßigem Aufwand eine schadstofffreie Umwelt erreicht werden kann. Nicht jeder als Schadstoff eingestufte Stoff ist durch seine bloße Anwesenheit umwelt- und gesundheitsgefährdend. Das Risiko, das von einem Stoff ausgeht, ist entscheidend und sollte im Mittelpunkt stehen.

## › Das Umweltaktionsprogramm

Das Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt, einschließlich Luft, Wasser und Boden, sowie der Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens der Bürger vor umweltbedingten Risiken und Auswirkungen ist bereits Bestandteil des 8. Umweltaktionsprogramms der EU-Kommission. Der Entwurf wurde im Oktober 2020 veröffentlicht und gilt bis 2030. Ein zusätzlicher Aktionsplan ist daher nicht erforderlich.

## › Mehr Rechts- und Planungssicherheit

Die Genehmigungsfähigkeit von Anlagen darf nicht weiter eingeschränkt werden, sondern muss vielmehr modernisiert werden. Die Beschleunigung und Digitalisierung von Genehmigungsverfahren inklusive des Know-how-Schutzes der Wirtschaft sollte oberste Priorität haben. Mit dem neuen Aktionsplan sieht die Industrie das gefährdet.



# Endlich fit für den digitalen Schulalltag

LANXESS fördert Initiative an Kölner Schulen.



Eltern schulpflichtiger Kinder kannten die Antwort schon vorher. An Kölner Schulen mangelt es hinsichtlich digitaler Ausstattung und Kompetenz an allen Ecken und Enden. Das ergab ein Check des „Kölner Stadt-Anzeiger“. Eine daraus entstandene neue Schul-Initiative geht das Problem nun an.

LANXESS unterstützt diese Initiative. Zunächst spendet der Konzern einen Betrag in Höhe von 10.000 Euro. Damit können Lehrkräfte an Digitalisierungs-Workshops teilnehmen. Die gemeinnützige Organisation „Zukunft Digitale Bildung“ bietet Dutzende Workshops für rund 900 Teilnehmer an. Der Fokus liegt auf dem Einsatz digitaler Tools und Endgeräte für einen Innovationsschub im Unterricht.

Doch damit nicht genug: Schon 2020 hat LANXESS 1000 Laptops an die Initiative „Hey, Alter!“ gespen-

det. Dort werden gebrauchte Laptops so aufbereitet, dass sie später von Schulen weiterverwendet werden können. Nun stellt der Konzern weitere 200 Laptops zur Verfügung. Sie gehen an Schülerinnen und Schüler in der Region, deren Eltern keine finanziellen Mittel dafür haben. Weitere Rechner folgen. Zudem bietet das Unternehmen nach den Ferien einen Vortrag zum Thema „Digitalisierung

in einem Chemiekonzern“ für Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen an, die sich für den Berufszweig interessieren. Vortragsredner ist Jörg Hellwig, Chief Digital Officer des Konzerns. Die Termine für den Vortrag sowie die Schulungen werden noch bekanntgegeben.

Vorstandsvorsitzender Matthias Zacherl sieht das Engagement als Investition in die Zukunft: „Als weltweit agierender Spezialchemie-Konzern sind wir auf gut ausgebildete und wissbegierige junge Menschen angewiesen, die später in ihrem Beruf offen sind für neue Technologien und Arbeitsformen. Denn die Digitalisierung wird zu einem tiefgreifenden Wandel der Industrie- und Arbeitswelt führen. Mit unserem Engagement für die Initiative unterstützen wir den digitalen Fortschritt in den Schulen. So ermöglichen wir den Schülern den bestmöglichen Start ins Berufsleben.“

## **Bildung fördern**

**Im Rahmen seines Corporate Citizenship investiert LANXESS weltweit in die vier Bereiche Bildung, Klimaschutz, Wasser und Kultur. Der Löwenanteil der Investitionen kommt der Bildung zugute. Allein in naturwissenschaftliche Schulprojekte im Bereich Digitalisierung, Physik oder Chemie fließen jedes Jahr in Deutschland rund 600.000 Euro an Fördergeldern. Schulen können sich um diese Gelder beim Unternehmen bewerben.**